Tennessee Staatszeitung.

Wöchentliche Ausgabe.

Jahrgang 3. | Nashville, Tennessee, Mittwoch, den 18. November 1868. | No. 34

TENNESSEE HISTORICAL SOCIETY

Agenten der „Tenn. Staatszeitung."

Die folgenden Herren sind autorisirt, Abonnementen und Anzeigen für die „Tennessee Staatszeitung" zu sammeln, Gelder dafür einzuziehen und in unserem Namen zu quittiren:

T. M. Schleier, Knoxville Tenn.
Henry Roll, Memphis Tenn.
E. Grans, Paducah, Ky.
Jacob Giele, New Albany und Jeffersonville, Ind.
J. M. Pflüger, 549 Main Straße, Cincinnati, Ohio.
Lorenz Böhlein, Sandusky, Ohio.
August Hoehner, Cleveland, Ohio.
E. Rauschenberg, Chattanooga, Tenn.
F. A. Haffner, Dalton Ga.
J. B. Burchartz, Atlanta, Ga.
Edwin Winters, Lokal-Agent.

Rundschau.

Wie nach dem Sturme, der über Länder und Meere verheerend einherwüthete, eine Windstille zu folgen pflegt, in welcher sich die empörten Elemente wieder auszuruhen und zu neuen Anläufen neue Kräfte zu sammeln scheinen, so sehen wir das Gleiche nach den politischen Erschütterungen in einem Lande, welche die Parteielemente in Aufruhr versetzten, zu eifrigster Thätigkeit anspornten und sie dann, vom Kampfe ermattet, der Ruhe, Stärkung und Erholung überlassen. Die unendliche Wichtigkeit unsrer letzten Präsidentenwahl, deren Resultat in jedem Falle eine unberechenbare Tragweite nach dieser oder jener Richtung haben mußte, goß ein feuriges Leben und Streben in unsre Politiker und machte sie über alle Beschreibung pflichteifrig, um auf den Gang der Wahlcampagne einzuwirken.

Da jeder Helldenkende und Klarsehende im Voraus wußte, wie diese Wahl ausfallen müßte, wenn das Land nicht zu Grunde gehen sollte, so beruhigt ist nun auch Alles über das Resultat. Das Gefühl der Sicherheit hat sich besänftigend über das ganze Land gelegt und mit einem seltenen Vertrauen blicken selbst seine Gegner auf den neuerwählten Präsidenten. Der gute Einfluß dieses Sicherheitsgefühles kann nicht verfehlen, den wohlthätigsten Einfluß auf unsre zeither so schwankenden Geschäftsverhältnisse auszuüben und ihnen wieder eine solide Basis zu verleihen, auf welcher wir die Leiter feststellen können, um zum Gipfel des nationalen Wohlstandes emporzuklimmen.

General Grant war im Laufe der letzten Woche wieder in Washington eingetroffen. Das Erste, was man von ihm zu erbitten versuchte, war eine öffentliche Feierlichkeit, um ihm die Freude der Nation über seine Erwählung zu bezeugen. In seiner charakteristischen, bescheidenen Weise hat Grant dieses Verlangen abgeschlagen und wenn es wahr ist, daß die Amerikaner nichts mehr lieben, als „show", so wäre eigentlich Grant kein Präsident nach ihren Herzen, denn aller Humbug, alles leere Wesen und Schellengeklingel ist seinem auf das Reale gerichteten objectiven Sinne schlechterdings zuwider.

Die Thätigkeit unseres Staatsdepartements wird gegenwärtig vorzüglich durch die cubanische Insurrektion und die Verhandlungen des Herrn Reverdy Johnson in England beansprucht. Der Charakter des cubanischen Aufstandes stellt sich immer mehr als feindselig gegen die Vereinigung mit Spanien heraus und die nach Annexation an die Ver. Staaten rufenden Stimmen werden täglich lauter und zahlreicher. Es wird alle Schlauheit und diplomatische Haltung des Herrn Seward erfordern, um die zahlreichen Klippen zu umschiffen, ehe er zu dem Angelstern seiner Ambition, einer Vereinigung der Königin der Antillen, gelangt und dort unter dem auf dem Castello Moro wehenden Sternenbanner vor Anker gehen kann.

Die englischen Alabama-Verhandlungen werden durch das Kabel offenbar irrthümlich berichtet, denn Herr Seward hat sie bereits selbst desavouirt. Vermuthlich verschreibt das „stolze England" seine Telegraphisten vom Senegal oder aus irgend einer anderen culturhistorisch wichtigen Gegend, denn die Tölpelhaftigkeit der jetzt an diesem Kabel-Institute Angestellten übersteigt noch das Bohnenlied. Offenbar wissen dieselben nicht recht, was sie telegraphiren und nehmen es daher mit einem oder einigen Worten, mit einer Affirmative oder Negative nicht allzu genau und sind zufrieden, wenn ihnen nur das Frühstück schmeckt.

In Tennessee haben sich leider wieder Kuklux-Unfuge bemerklich gemacht und es ist daher in unserer Legislatur der Vorschlag gemacht worden, nach Lincoln County, wo die nächtlichen Geister keine Ruhe finden können, Miliz zu verlegen und wenn diese nicht behagt, das County unter $500,000 Caution zu stellen, um damit Diejenigen schadlos zu halten, welche unter diesem gesetzlosen Treiben zu leiden haben. Auch die Hoffnung, daß die Wahlen dem gewaltthätigen Auftreten der Feinde des Friedens ein Ende machen würden, hat sich als eine leere bewiesen und Strenge allein kann hier helfen. — Ueber den Stand der neuen Weizensaaten erfährt man nur Gutes. Hoffentlich wird unsre Gesetzgebung Hand in Hand mit dem Gouverneur gehen und Maßregeln treffen, um eine großartige Einwanderung deutscher und schweizerischer Landwirthe nach Tennessee zu lenken, damit unsre Felder, deren Fruchtbarkeit eine außerordentliche ist, dem deutschen Fleiße ihre Schätze spenden.

Nashville erfreute sich eines ziemlich lebhaften Geschäftes, die Eisenbahnen weisen einen sehr beträchtlichen Frachtverkehr nach und unsere Hotels sind von unten bis oben mit Gästen gefüllt. Hier und da werden zwar noch Klagen laut, allein, wenn wir nicht irren, war das seit Adams Zeiten stets der Fall, denn viele Leute können ohne Unzufriedenheit ebenso wenig leben, wie ohne Luft. — Die städtischen Angelegenheiten gehen ihren ruhigen Gang und Niemand glaubt an ein Einschreiten der Gerichte, wie von gewisser Seite freilich eifrig gewünscht wird.

Aus Europa gelangte die Nachricht zu uns, daß der große Meister der Musik, Rossini, das Zeitliche gesegnet hat. Er starb nach einem Lebenslauf von 77 Jahren in Paris, in seinen Werken aber wird er ewig leben. —

Der politische Horizont muß sich drüben etwas verfinstert habe, da der östreichische Reichstag die Stellung der Armee auf den Kriegsfuß genehmigt und auch Rußland große Rekrutirungen ausgeschrieben und eine geharnischte Erklärung für den Fall eines preußisch-französischen Krieges erlassen hat. Selbstverständlich läßt uns das Kabel über das Nähere vor der Hand völlig im Dunkeln.

Aus Spanien wird heute berichtet, daß die Republik und morgen, daß die Monarchie die meisten Aussichten auf das Plebiscit des Volkes hat. Möge es eine Entscheidung treffen, welche ihm vor allen Dingen eine sichere Grundlage zur Aufführung des Freiheitsgebäudes bietet!

Grundbesitz.

Beatus ille, qui procul negotiis
Paterna rura colit —

So sang der alte Horaz vor etwa 2000 Jahren und seine Meinung, daß Derjenige der Glücklichste sei, der fern vom Geschäftsdrange die ihm vom Vater vererbten Grundstücke bebaut, ist heute noch so gültig, als in jenen Zeiten, nur daß es die Leute nicht recht glauben wollen. Nichts kann dem Menschen eine höhere Befriedigung gewähren, als ein genügendrr und schöner Grundbesitz, der Besitz eines Theiles des Planeten, auf welchem wir im Weltenraum herumkutschiren, um der diktatorischen Sonne den Hof zu machen. Erst dann wird man eigentlich den Werth einer Heimath und das beseligende und Sicherheit verheißende Gefühl, eine Heimath zu besitzen, zu schätzen wissen, wenn man Grundbesitzer geworden ist. Der Grundbesitz verleiht das Bürgerrecht der Erde.

Nun entsteht aber die Frage, ob nicht auch hier, wie überall, durch das Recht auch Pflichten bedingt werden. Wir huldigen den Grundsätzen des Communismus in seiner grassen Rohheit, Nivellirungssucht und Vernichtung aller Individualität keineswegs mit einer schwärmerischen Hingebung, allein der Grundsatz, daß Alles auch zum Besten der Allgemeinheit beitragen soll, hat seine gute Begründung. Wo er nicht gilt, erblicken wir eben übermäßigen Wohlstand des Einzelnen auf Kosten des Wohlbefindens vieler seiner Mitmenschen und wenn irgend Etwas von der Natur dazu angewiesen ist, dem Ganzen dienlich zu sein, so ist es offenbar der Grund und Boden, der uns ganz eigentlich als das Fundament unsrer Ernährung gilt. Es ist daher auf das Strengste zu tadeln, wenn solche Grundstücke, die ganz vorzugsweise zur Produktion von Lebensmitteln geeignet sind, blos deshalb brache liegen und den Anblick einer Wüstenei gewähren, weil die Spekulation sich ihrer bemächtigt und das Recht erlangt hat, ausschließliche Verfügung über sie zu treffen.

Ein Spaziergang in der nächsten Umgebung fast jeder amerikanischen Stadt wird dem Beobachter Gelegenheit zu solchen Betrachtungen geben. Während in Deutschland die höhere und verfeinerte Bodencultur die Nähe der Städte schon von Weitem verkündigt, geht oder fährt man in die amerikanischen Städte über todt und wüste liegende Landschaften ein, auf denen wir ein Gewoge von Blumen und ernährenden Gewächsen sehen sollten, dem Auge einen wohlthätigen Anblick bietend und dem Gemeinwohl Nutzen bringend. Ob das wirklich recht ist? Dem geschriebenen Gesetze nach ist es freilich das Recht eines Jeden, mit seinem Eigenthum zu schalten und zu walten, wie es ihm gut dünkt, nur ist zu bedenken, daß das geschriebene Recht nicht immer das eigentliche, natürliche Recht ist. Das Wohl des Ganzen ist das höchste Gesetz und daß es nicht mit dem Wohle des Ganzen harmonirt, wenn grade solche Grundstücke, die wegen ihrer nächsten Nähe bei einer großen Stadt, am allerersten zur Produktion herangezogen werden sollten, Jahre lang daliegen, ohne etwas Andres, als Disteln hervorzubringen, muß wohl Jeder zugeben und wenn die Gesetzgebung in dieser Beziehung Bestimmungen treffen wollte, daß der Grundbesitz von seiner rationellen Benutzung abhängig gemacht wird, so würde man nur dem wahren Rechte Ausdruck verleihen.

Speculation ist recht gut und auch ganz berechtigt, aber ob das Gemeinwohl gerade durch dieselbe Schaden leiden soll oder muß, ist eine ganz andere Frage. Außerdem werden solche in der Nähe der Stadt belegene Felder durchaus nicht in ihrem Werthe als Bauplätze verlieren, wenn in der Zeit vorher, ehe sich die Brickpaläste daselbst erheben, Kartoffeln für die armen Leute darauf gebaut werden.

Naturalisations-Reform.

Angenommen, Deutschland wäre eine Bundes-Republik mit allgemeinem Wahlrecht; — angenommen, es hätte dort die Wahl eines Oberbundesverwalters stattgefunden und in einem der größten Staaten, etwa Preußen, oder Baiern, wäre die Wahl durch die Stimmen von zwanzigtausend Litthauern, oder aus Böhmen eingewanderten Czechen, oder mährischen Hannaken entschieden worden, welche auf betrügerische Weise zu Bürgern der deutschen Republik gestempelt worden wären: — würde wohl der deutsche „Kosmopolitismus" gegen solchen Mißbrauch des Naturalisationsverfahrens Stand halten? Würde nicht aus allen Gauen, so weit die deutsche Zunge klänge und Gott im Himmel Lieder sänge Ein Schrei der Entrüstung erschallen? Würde nicht mit Ungestüm auf eine Reform der bestehenden Gesetze gedrungen werden, welche derartige Niederträchtigkeiten für alle Zukunft unmöglich machte? Und wenn alsdann jene Litthauer, Czechen und Hannaken diese Forderung als „bornirtes deutsches Knownothingthum" bezeichnen wollten, würden sich durch solchen Vorwurf die auf Reinheit der Wahlurne dringenden Deutschen getroffen fühlen? Sicherlich nicht.

Bei der Wahl am 3. November in den Staaten New York und New Jersey ist der Sieg Seymours notorisch durch den greulichsten und frechsten Mißbrauch des Naturalisationsverfahrens bewirkt worden. Wäre es nicht vollkommen natürlich, wenn in Folge dessen unter den eingeborenen Amerikanern ein bittrer Groll gegen die Einwanderung zu Tage träte? Auch würde das ohne Zweifel geschehen, wenn das Ergebniß der Wahl in jenen zwei Staaten entscheidend für die ganze Präsidentenwahl gewesen wäre, — wie es doch sehr leicht hätte der Fall sein können. — Nun aber Grant doch erwählt ist, geht der leichtblütige Amerikaner flüchtig über die Sache hinweg. Eine glücklich vermiedene Gefahr läßt ihn kalt und dient ihm nicht einmal als Anlaß, um ihrem Wiedereintritt vorzubeugen.

Allein bei uns naturalisirten Bürgern soll es nicht so sein. Wir sind es, die am meisten darunter zu leiden haben würden, wenn eine Fortdauer der jetzt bestehenden Mißbräuche die ganze Naturalisation in Verruf brächte und das Knownothingthum wieder ins Leben zurückriefe. Doch eben deswegen ist es gerade unsere Sache, auf die Abstellung jener Mißbräuche hinzuwirken. — Und jetzt, wo durch Beschönigung der stattgehabten Frevel kein Parteivortheil mehr zu gewinnen ist, sollten auch die deutschen Demokraten sich der Forderung einer von der Ehre aller Adoptivbürger gebotenen Reform anschließen. Es giebt Fragen, in Bezug auf welche von Rechtswegen unter den Adoptivbürgern eine Meinungsverschiedenheit über den zu erreichenden Zweck nicht bestehen sollte. Eine solche ist die des Schutzes der Adoptivbürger im Auslande; eine solche ist aber auch die Bewahrung der Würde des Adoptiv-Bürgerrechts überhaupt. Hierüber könnte und sollte Uebereinstimmung herrschen, wie weit immer die Ansichten über die angemessensten Mittel zur Erreichung des Zwecks von einander abweichen möchten.

Der seit Jahr und Tag wiederholt von uns begründeten Ansicht, daß die Verleihung des Bundesbürgerrechts ausschließlich den Bundesgerichten übertragen werden solle hat in einer Anzahl der besten deutschen Zeitungen des Ostens (Baltimore Wecker, Phil. Fr. Presse, Connecticut Republikaner, N. Y. Freie Zeitung 2c) warme Befürworter gefunden. — So lange die Verfassung der Ver. Staaten keine Nationalbürger kannte, sondern nur bestimmte, daß „die Bürger jedes einzelnen Staats in jedem andern Staate dieselben Rechte, wie die Bürger dieses Staates genießen", — so lange war es logisch begründet, daß den Staatsgerichten die Verleihung des Bürgerrechts gestattet ward. Aber mit der Annahme des 14. Artikels der Verfassung hat das aufgehört, vernünftig zu sein. Es besteht jetzt ein Nationalbürgerrecht und dessen Verleihung den Einzelstaaten anheimzugeben ist Unsinn.

Wenn indessen aus einfachen Bequemlichkeitsrücksichten dennoch den Staatsgerichten die Competenz zur Ertheilung des Bürgerrechts verbleiben sollte, so wäre vielleicht ein anderes Mittel geeignet, der betrügerischen Naturalisation ein Ende zu machen. Es könnte bestimmt werden, daß die Naturalisation schon nach dreijährigem Aufenthalte in den Ver. Staaten erlangt werden kann, das Wahlrecht aber erst zwei Jahre nach der Naturalisation eintritt. Zugleich müßte angeordnet werden, daß von Woche zu Woche eine Liste der Namen, des Geburtsorts, Tags der Ankunft in Amerika und des derzeitigen Wohnorts der Bewerber um das Bürgerrecht und ihrer Zeugen in den Zeitungen veröffentlicht und die Naturalisation erst acht, oder zehn, oder vierzehn Tage nach solcher Veröffentlichung, wenn inzwischen keine begründete Einsprache dagegen erhoben wird, vorgenommen werden müsse. Alle etwaigen Einwendungen aber hätte das Gericht zu untersuchen, resp. Diejenigen, von welchen sie (unter Eid) erhoben würden, mit dem Bewerber und dessen Zeugen zu confrontiren.

Die Annahmen solcher Bestimmungen würde erstens den Politikern jeden Anlaß zur massenhaften Vornahme von Naturalisationen rauben, denn auf zwei Jahre im Voraus können sie unmöglich Kapital in Stimmenfälschung anlegen. Zweitens aber würde dadurch die Möglichkeit gegeben sein, den frechen Meineiden, vermittelst welcher jetzt die Naturalisationsgaunereien bewirkt werden, ein Ende zu machen. Die Zeit von der Ankunft in Amerika bis zur Erlangung des Wahlrechts würde dieselbe bleiben, wie jetzt.

Indem wir diese Vorschläge den anderen deutschen Zeitungen (beiderlei Confession) unterbreiten, möchten wir diese nur ersuchen, sie nicht in üblicher, deutscher Manier zu prüfen, d. h. mit dem einzigen Zwecke, sie schlecht zu finden, sondern mit der ersten Absicht, etwas Besseres, d. h. Zweckentsprechenderes zu finden, falls die Vorschläge ihnen nicht gefallen. Daß, wenn man sich auf deutscher Seite über Ziel und Art der beabsichtigten Reform einigt, dem entsprechende Vorlagen im Congresse eingebracht werden, dafür ist von Chicago und St. Louis aus leicht gesorgt. (Ill. St. Z.)

— Das „N. Y. Journal" schreibt: „Eine erfreuliche Erscheinung in der letzten Wahlagitation war das Nichtvorhandensein des bittern Hasses, wie er in früheren Jahren unter den Deutschen, welche verschiedenen Parteien angehörten, durch Meinungsverschiedenheiten in politischen Dingen hervorgerufen und erhalten wurde. Das goldene Zeitalter kann nun nicht mehr lange ausbleiben. Pastor Schütz und Dr. Groß sollen sich am Abende des Wahltages zärtlich umarmt und sich ewige Freundschaft geschworen haben. Nur der Pater Oertel hat einen großen Zorn auf den Pfarrer der deutschen radikalen Gemeinde. Wer weiß, ob es doch nicht noch möglich ist, die Deutschen unter einen Hut zu bringen. Das tausendjährige Reich wäre dann vor der Thür."

* In Stockton, Cal., hat man einen artesischen Brunnen gegraben, der bei 1,000 Fuß Tiefe täglich 360,000 Gallonen kochend heißes Wasser auswirft.

Schnelle ökumenische Wirkung.

Mächtig sind die kräft'gen Worte
Eines Mächtigen erklungen,
Sind bis in die fernsten Lande
Zauberhaft in's Herz gedrungen.

Alle Völker auf der Erde
Rüsten sich zur großen Reise;
Männer eilen, langsam folgen
Kinder, Weiber, selbst noch Greise.

Seines Harems Thüre schließet
Zu der Türk mit starkem Schlosse,
Wirft in's Feuer seinen Koran,
Sattelt seine schnellsten Rosse.

Selbst in China, und in Japan
Und in allen Nachbarstaaten
Ist der Lama und der Buddha
Schnell in Miscredit gerathen.

Auch der gelbe Indianer
Bindet freudig um die Lenden
Seine allerneu'sten Scalpe,
Romwärts sich damit zu wenden.

Ja, der fromme, weise Rabbi
Eilet hin mit greisem Haupte;
Er verläßt die heil'ge Thora,
Der er sonst allein nur glaubte.

Und so eilen alle Secten
Freudvoll hin, weil Er gerufen,
Werfen sich, den Boden küssend,
Nieder an des Kirch-Hof's Stufen.

Er, Er faltet fromm die Hände
Blickt beseligt auf die Heerden:
„Jetzt ist nur ein einz'ger Schafstall!
Und ich einz'ger Hirt auf Erden!"
(Kldd.)

Das päpstliche Circular.

Ein merkwürdiges Aktenstück ist von der päpstlichen Curie in die Welt hinausgesandt worden, wie seit dem Bestehen des Papstthums wohl kaum ein andres von Rom ausgegangen ist. Eine Einladung an alle Andersdenkende, zurückzukehren in den Schooß der römisch-katholischen Kirche, damit in der Welt nur eine Heerde, nur Ein Hirt sei! Mit wahrhaft inniger Wehmuth blickt Pius der Neunte auf die Spaltung in der Christenheit und spricht in herzlichen Worten zu allen Nichtkatholiken, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Man sieht es dem beweglichen Tone deutlich an, daß Pius wirklich besorgt ist um das „einstige" Wohl Derer, die nach den Satzungen seiner Kirche zu den Abtrünnigen gezählt werden und die deshalb wenig Trost und Hoffnung begleitet, wenn sie aus diesem Leben scheiden. Selbst das Haupt der protestantischen Kirche, den König von Preußen, in welchem Hoffnungseifrige schon den ersten protestantischen Kaiser erblickten, soll der Papst in einem Schreiben zum Uebertritt aufgefordert haben. Alles das geschah in Voraussicht des im nächsten Jahre zusammentretenden ökumenischen Consils.

Wir wollen gern glauben, daß Pius von dem edlen Wunsche angeregt wurde, Einigkeit unter den zahlreichen christlichen Confessionen anzubahnen und dazu einzuladen. Man muß nicht überall Jesuiten riechen, nicht jedem päpstlichen Erlaß jesuitische Motive unterlegen. Die päpstliche Regierung hat zwar niemals in dem Geruch übergroßer Liberalität und humaner Ansichten gestanden, sondern man sagt vielmehr sehr häufig, daß die Humanität im Vatikan ein gefürchtetes Gespenst sei, aber man weiß ja, wie die Romantiker Alles zu übertreiben lieben und aus der Maus ein Kameel zu machen. Wir haben es uns nun einmal steif und fest vorgenommen, zu glauben, daß es Pius der Neunte mit seiner Einladung ganz ehrlich meint und gern bereit sein würde, uns Alle, die zeither nicht an den Unfehlbaren in Rom geglaubt haben, in sein Haus aufzunehmen. Sind wir nicht recht gläubig und zeigen uns widerspenstig, so ist nicht Pius daran schuld, sondern — die Schulen, durch die wir gingen.

Eins aber vermissen wir in der päpstlichen Einladungsschrift, wie liebevoll sie auch in jedem Worte zu dem Ohre klingt. Das ist das Zeichen der ächten Liebe, — das Entgegenkommen! Davon finden wir nichts! Es ist noch heute, wie vor Jahrhunderten, wo jede Abweichung von dem einmal aufgestellten Dogma für verdammungswürdige Ketzerei erklärt wurde, es ist noch heute, wie in jenen finsteren Zeiten, wo freie Auffassung der Religion eine Todsünde war, es ist noch heute, wie damals, wo der blinde Glaube als Herrscher über die freie Vernunft gestellt wurde! In seinem Circular sagt Papst Pius nicht etwa: Kommt und sehet, daß wir eine Vereinigung treffen nach dem alten Bibelspruch: „Prüfet Alles und das Beste behaltet," damit „die Wahrheit uns frei mache" — nichts davon! Es wird uns einfach zugemuthet, wenn auch in flötenweichen Tönen, zurückzukehren in eine zwar altehrwürdige geistliche Anstalt, katholische Kirche genannt, die aber in ihrer Altehrwürdigkeit auch häßliche Flecken aufzuweisen hat wie die spanische Inquisition die Bartholomäusnacht, die böhmischen Kirchenhetzen und eine Unzahl von der Geschichte genannter und ungenannter Greuel.

Man sagt zwar, dergleichen Dinge existiren nicht mehr, sie gehören einer barbarischen Zeit an. Sehr gut! Warum aber giebt man dann dasselbe Dogma nicht auf, welches in jenen barbarischen Zeiten ganz allein diese Greuel hervorrief? Im Prinzip besteht noch Alles genau so, wie in jener mittelalterlichen, unglücklichen Periode. Wie die katholische Kirche die Galileische Lehre endlich hat anerkennen müssen, nachdem sie deren Schöpfer verfolgt hatte, so sollte sie auch auf ihrem eigensten Gebiete den Fortschritt und die Erkenntniß fördern, ehe diese beiden entweder den Katholicismus zu ihrer Anerkennung zwingen oder mit ihren Freunden zu seinen Gegnern werden.

Hätte bei Luthers erstem Auftreten der Papst auch nur in die allerzahmsten Reformen gewilligt, — wer weiß, ob wir jemals eine lutherische Kirche hätten entstehen sehen? Der Widerstand gegen den Fortschritt ist dessen mächtigstes Stärkungs-Mittel. Die Uebergriffe der protestantischen Kirchenhäupter in Preußen riefen die freien Gemeinden in's Leben, der starre, alles Weiterschreiten ausschließende römische Kirchenglaube wird aus Jedem — auch in der eigenen Kirche — einen Protestanten machen, dessen Haupt zu erleuchtet ist, um sich dem Dogma zu beugen und dessen Herz zu ehrlich, um sich auch nur den Schein zu geben, als ob er es thue!

Auf dem Wege der Reform, Papst Pius der Neunte! können wir uns Alle vereinigen, auf keinem anderen! Mit ihr allein führen alle Wege nach Rom!

Frauenbildung vor Frauen-Stimmrecht.

Frau Jenny P. d'Hericourt, eine jetzt in Chicago lebende Französin, die sich seit Jahren mit der Frage der Frauen-Emanzipation beschäftigt, und in den Ver. Staaten seit 4 Jahren zu dem Zwecke Beobachtungen angestellt hat, veröffentlicht in der Pariser L'Opinion Nationale vom 12. Oktober ihre Ansicht über das so viel besprochene Frauen-Stimmrecht. Ihr Urtheil verdient um so mehr Beachtung, weil es von einem Mitgliede der französischen Nation ausgeht, die im Generalisiren, Schematisiren und Schablonisiren ohne Rücksicht auf die besonderen Eigenthümlichkeiten der durch Gesetzgebung abzuhobelnden Classe eine nur zu unheilvolle Einseitigkeit kundgegeben hat. Nichts ist bei dieser Einseitigkeit gewöhnlicher als die Verwechselung des Mittels mit dem Zweck, des Stimmrechts mit dem dadurch zu erreichenden bessern gesellschaftlichen Zustande. Das allgemeine Stimmrecht steht den Reformen dieser Classe für die Einführung eines neuen Zeitalters, und selbst der Selbstmord der französischen Republik mittelst der Stimmen von so und so viel Millionen „souveräner" Stimmgeber kann Jene in ihrem Glauben an die Heilkraft des Mittels nicht erschüttern. Frau d'Hericourt muß dieser Klasse von Parforce-Menschheitsbeglückern sehr conservativ vorkommen, denn sie erklärt sich rundweg gegen Frauenstimmrecht, und ist so ungalant, die verderblichsten Folgen in Aussicht zu stellen, wenn man den Frauen das Stimmrecht ohne weitere Vorbereitung ertheile. Der Konservatismus fängt wahrhaft an zu grassiren. Nachdem man die Phrase der Reaktionäre von 1848 „Das Volk ist nicht reif für die Freiheit", durch einen Niagara von Hohn- und Wuthgelächter beseitigt glaubte, taucht sie in General Prim's Munde wieder auf, der trotz all seiner progressistischen Höhe nicht ansteht, das spanische Volk für noch nicht reif zur Republik zu erklären. Unsere Französin von Chicago schließt sich dieser Ansicht an, oder vielmehr dehnt sie auf die Frauenstimmrechtsfrage aus. Sie findet, daß die Zahl der ungebildeten Stimmen in den Ländern des allgemeinen Stimmrechts jetzt schon so zahlreich ist, daß eine Vermehrung derselben (durch ungebildete Frauen) durchaus nicht wünschenswerth erscheint. Eine so furchtbare Waffe, wie das Stimmrecht, dürfe nicht ohne gehörige Vorbereitung in die Hände der Frauen gegeben werden. Was würde die Folge sein, wenn man die Millionen politisch jedenfalls ungebildeter Frauen mit dem Stimmzettel bewaffnete? Hören wir die Antwort der Französin!

„Von Kindheit an unter dem Joche des Gehorsams und des Glaubens, mit geringen Kenntnissen, falsch erzogen, gewohnt, sich für untergeordnete Wesen zu halten, alle allgemeineren Fragen als über ihr Begriffsvermögen hinausgehend betrachtend, welchen Gebrauch würden sie von einem Rechte machen, das sie gar nicht beanspruchen? Die kleine Minderheit von Frauen, welche jenes Recht verlangen, verstehen ohne Zweifel den richtigen Gebrauch desselben, aber wäre nicht die Furcht gerechtfertigt, daß die übrigen nur die Abstimmung ihrer Gatten, ihrer Liebhaber, ihrer Söhne wiederholen oder verdoppeln würden? daß die ungeheure Mehrheit für die Kandidaten stimmen würde, welche der Bischof in der Predigt empfohlen? Es wäre allerdings reizend, ungeheure Schaaren von Wählerinnen, von ihrem Seelsorger angeführt, nach dem Stimmkasten marschiren zu sehen unter dem Banner unserer lieben Frau von Salette oder der unbefleckten Empfängniß, aber würde das für uns, die Minderheit sehr erbaulich sein?"

Als die Vorbereitung und Vorbedingung des Frauenstimmrechts bezeichnet die genannte Französin die Befreiung der Frauen von den Fesseln, unter denen sie in civilrechtlicher Beziehung seufzen; sie verlangt die Eröffnung des ganzen Arbeits- und Berufsfeldes für das Weib, sie verlangt, daß die Frauen in jeder andern Beziehung den Männern gleichgestellt, gleichwerthig gemacht werden. Die ökonomische Unabhängigkeit des Weibes muß der politischen Mündigkeitserklärung vorher gehen. Alsdann, und nur erst dann, werden die Frauen begreifen, daß politische und nationalökonomische Fragen sie angehen; daß sie als Mütter ein Recht haben, über Krieg mit zu entscheiden denn das Blut ihrer Söhne ist es, das auf den Schlachtfeldern fließen muß; daß sie als Eigenthümerin ein Recht haben, in Steuerfragen mit zu entscheiden, da sie einen Theil derselben zu tragen haben; daß sie als Produzenten und Consumenten ein Recht haben, von Tarifen zu sprechen, weil ihre Einnahmen und Ausgaben davon berührt werden; daß sie, denen Gesetze verantwortlich wie die Männer das Recht haben, die Gesetze zu kritisiren, zu verbessern, und selbst abzuschaffen. Frauen, die in civilrechtlicher Hinsicht emancipirt und besser gebildet sind, werden das begreifen, und wir werden von ihnen nicht mehr die thörichte Antwort hören: „Die Politik geht uns nichts an."

„Unsere Feinde," so schließt der geistreiche Brief, „sind die, welche sich den Versuchen widersetzen, die für die geistige Befreiung der Frauen gemacht sind; die, welche ihnen die Fähigkeit für gewisse Berufe absprechen, um sie für die Männer als Monopol zu reserviren. Man reiße ihnen die Maske vom Gesicht. Man enthülle die ehrgeizigen und selbstischen Beweggründe, welche sie leiten."

Es wiederholt sich bei dieser die bei jeder bedeutenden Frage gemachte Erfahrung: je mehr man sie studirt, desto schwieriger erscheint sie, desto größer wird sie uns unter den Händen. Daß eine Vervollkommnung der Gesellschaft ohne direkte Mitwirkung der Frauen nicht zu erreichen ist, steht fest, aber ehe diese Mitwirkung mittelst des Stimmrechts ihren vollständigsten und höchsten Ausdruck erhalten kann, müssen erst ganze Wälder von Vorurtheilen und Barbareien in beiden Geschlechtern entfernt werden. Nichts ist thörichter als der Glaube, daß irgend welche Reform leicht sei.

„Neben das Große legten die Götter den Schweiß."
(Ill. St. Z.)

Norddeutschland.

Das preußische Ministerium soll in Betreff des Deficits beschlossen haben, aus den verfügbaren Activ-Capitalien soviel zusammenzubringen, wie zur Ausgleichung des Staatshaushaltsetats für 1869 nothwendig ist.

Die revidirte Rheinschiffahrtsacte, wie sie zwischen Preußen, Baden, Baiern, Frankreich, Hessen und den Niederlanden vereinbart worden, ist amtlich zur Kenntniß gebracht worden. Das Princip der Freiheit der Rheinschiffahrt ist darin ausdrücklich erhalten.

Graf Bismarck fühlt sich noch nicht so weit hergestellt, daß er seine amtlichen Funktionen wieder antreten könnte. Er will noch einige Wochen länger auf seinem Gute Varzin bleiben und erst gegen Weihnachten nach Berlin kommen.

Süddeutschland.

München, 26. Oct. Obgleich die Sache längst stadtkundig war, melden doch erst heute die „Neuesten Nachrichten": „Der Dichter Emanuel Geibel bezog seit vielen Jahren aus der königlichen Cabinetskasse einen jährlichen Ehrensold, der ihm vom verstorbenen Könige Max zugesprochen worden. Als er jüngst von Lübeck, wo er ein Gedicht zum festlichen Empfange des Königs von Preußen verfaßt hatte, nach München zurückkehrte, wurde ihm eine königliche Cabinets-Ordre mitgetheilt, der zufolge ihm diese Pension von nun an nicht mehr ausgezahlt werden dürfe." Auswärtige Blätter hatten schon seit einigen Tagen die Nachricht verbreitet, und auch der Allgemeinen Zeitung wird aus München, 23. Okt., geschrieben: „Großes Aufsehen macht in literarischen und anderen Kreisen seit einigen Tagen das Gerücht, daß Emanuel Geibel's Pension sistirt worden sei. Als Grund wird die in den letzten Jahren zu Tage getretene politische Richtung seiner Gedichte angeführt; speciel gemeint ist der Willkommgruß, welchen er im Auftrage des lübecker Senats verfaßt hat — aus Anlaß des Empfanges des Königs von Preußen, der vor einigen Wochen genannte Stadt besuchte. Leider kann ich mit diesen Zeilen nur bestätigen, daß jenes Gerücht auf Wahrheit beruht, und daß wenig oder keine Aussicht vorhanden ist, jene Meinungs-Differenz möglicher Weise noch auszugleichen und den Dichter uns erhalten zu sehen. Geibel ist gewillt, in nächster Zeit München für immer zu verlassen.

Oesterreich.

Am 29. Oktober ward im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichstags die Rekrutirungsbill passirt, nachdem Graf Taaffe, der provisorische Präsident des Ministeriums, vorher erklärt hatte, daß die Effectivstärke des Heeres nicht durch die verlangten 56,000 Mann vermehrt werden werden würde.

Der Handels-, Post- und Territorialvertrag zwischen Oesterreich und der Schweiz ward so wie er von der Regierung vorgelegt worden, ohne Discussion angenommen.

Es ist officiell erklärt worden, daß Freiherr von Beust in seiner Rede, die er vor dem Militärausschuß gehalten, nur in allgemeinen Ausdrücken auf den gegenwärtigen Zustand Europa's Bezug genommen habe. Zur Unterstützung des Vorschlags, die Stärke des Heeres auf 800,000 Mann festzustellen wies er darauf hin, daß Oesterreich nicht hinter anderen Mächten in militärischer Stärke zurückbleiben dürfe. Seine Rede bestand einfach aus einem sachlichen Commentar und das Gerücht, daß er davon gesprochen, daß Oesterreich im Fall eines Conflikts Partei für eine besondere Macht ergreifen würde, beruht auf einer durchaus falschen Darstellung.

In Rampersdorf, einem Orte in Mähren, haben die Czechen eine einen Deutschen vorstellende Strohpuppe, der sie einen Hut aufgesetzt und einen Frack angezogen und an deren Kopf sie eine Broschüre angebunden hatten, die eine den Czechen widerwärtige Schilderung der Thätigkeit des mährischen Landtags enthält, auf den Galgenberg geschleppt und dort verbrannt. Zu dem Autodafe sang ein Priester das Miserere. Es ist wegen dieser Demonstration eine Untersuchung eingeleitet worden.

Großbritannien.

Einige Damen in England hatten Herrn Gladstone ersucht, ihnen seine Ansicht über die gegenwärtige Bewegung für die Erweiterung der Rechte der Frauen mitzutheilen; er hat ihnen geantwortet, daß er zu Gunsten eines wirksamen Schutzes des Verdienstes verheiratheter Frauen sei und daß er glaube, daß es eine ernste Erwägung verdiene, in welcher Weise Eigenthum, das sich in weiblichen Händen befinde, in vortheilhafter Weise in den Wahlkörperschaften vertreten werden könne. Darüber hinauszugehen, erachte er nicht für zweckmäßig.

Neueste Depeschen.

Beschimpfung von Amerikanern in Paraguay.

Nachrichten aus Washington.

Wichtige amtliche Verordnungen.

Kabel-Depeschen.

Washington, 16. Nov.

Der Oberbaumeister Millit hat seinen Bericht über öffentliche Bauten für das am 30. September schließende Rechnungsjahr eingereicht. Die Geschäfte haben sich bedeutend vermehrt. Der Bericht tadelt das von der Regierung adoptirte Achtstunden-Arbeitssystem auf das Entschiedenste, da durch dasselbe die Kosten bedeutend erhöht und die Arbeiten verzögert werden. Es wird der Ankauf eines Theils der Batterie in New-York Behufs Anlegung eines Customhauses empfohlen. Für das nächste Jahr werden die folgenden Bauten zu den angegebenen Kosten vorgeschlagen: Customhaus in Cairo $150,000; Customhaus in St. Paul $150,000; Customhaus in Madison Wisc. $150,000; Customhaus in Springfield, Ill. $55,000; Marine Hospital in Chicago $150,000; Münze in San Francisco $75,000; Postamt in Boston $800,000; Schatzgebäude in Washington $490,000.

Commissioner Rollins hat eine Verordnung über das Messen und Markiren der, Spirituosen enthaltenden, Fässer erlassen. Die Stamps müssen sorgfältig aufgeklebt und mit Firniß überstrichen werden. Alle Gefäße, welche nicht in solcher Weise bezeichnet sind, sollen sammt ihrem Inhalt confiszirt werden. Jeder der Spirituosen besitzt, hat darauf zu sehen, daß der Gauger seiner Pflicht gehörig nachkommt.

Der Comptroller der Currency empfiehlt die Einlösung von Nationalbank Noten in New York. Sein Bericht weist die Lage der Banken, Umsatz und Steuerauflage nach. Seit dem letzten Bericht sind 12 neue Banken errichtet und ebenso viele geschlossen worden, 4 sind gebrochen.

Der „N. Y. Herald" bringt die Nachricht, daß der frühere Ver. Staaten Gesandte Washburne in Paraguay mit Präsident Lopez in Difficultäten gerathen ist, da er eine Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten angezettelt und eine Belohnung von $140,000 erhalten habe. Herr Bliß, Mitglied der Legation, wird eines gleichen Versuches beschuldigt, obwohl er solches entschieden in Abrede stellt. Die Regierung von Paraguay hat einen Brief desselben veröffentlicht, welcher die Schuld klar machen soll, von dem man aber glaubt, daß er Herrn Bliß während dessen Gefangenhaltung durch Folterqualen abgezwungen worden ist. Der Commandeur des Ver. Staaten Geschwaders, Contre-Admiral Davis, hat Maßregeln getroffen, um diese Beschimpfung unserer Flagge zu bestrafen. Uebrigens wird geklagt, daß, während der englische und französische Gesandte sogleich für den Schutz ihrer Anbefohlenen sorgten, Herr Washburne durchaus nichts für die Amerikaner gethan habe, welche ungestört durch Lopez mißhandelt worden seien. Es wird darauf gedrungen, daß ein energischer Mann, wie Farragut, gegen Lopez gesandt werde, um mit ihm zu verfahren, wie es Decatur mit dem Dey von Algier that.

Gen. Grant wurde auf seiner Reise nach West Point von der Bevölkerung auf das Freudigste begrüßt. Er ist wieder von dort nach New York zurückgekehrt.

Gouv. Reed von Florida hat vor dem Obergericht erklärt, daß Lt. Gouv. Gleason in ungesetzlicher Weise zu diesem Amte erwählt worden ist, da er nicht 3 Jahre lang Bürger des Staates gewesen sei.

Von den cubanischen Insurgenten haben die Truppen mehrere Flaggen erbeutet, welche auf die Absicht hindeuten, daß die Unabhängigkeit der Insel von Spanien, angestrebt wird. Dieselben haben die Form eines Dreiecks.

In Madison, Ind., wurde Jacob Gaumer, ein der Polizei wohlbekanntes Subject, von Wm. Jones niedergeschossen. Die Coroners Jury fand die That für gerechtfertigt.

In Columbus, O., sind in letzter Woche 495 Einwanderer angekommen, die sich folgendermaßen vertheilen: Ohio 87, Missouri 104, Illinois 116, Indiana 68, Kentucky 42, Wisconsin 33, Michigan 27 und Tennessee 18.

Paul Vetter, ein Brauer in Leavenworth, hat sich gestern erschossen. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

In St. Louis hat ein Feuer die Waarenhäuser von Skinner, Neil und Co. und von Westermann u. Meier an Mainstraße zerstört. Ersteres Haus hatte einen Schaden von $75,000 und letzteres von $45,000, doch ist der Verlust durch Versicherung größtentheils gedeckt.

Das Stewart-Haus im Broadway, N. Y., brannte nieder. Die daselbst Wohnenden mußten durch die Feuerwehr auf Leitern gerettet werden. Verlust $70,000.

Gen. Badeau in Grants Stab sagte heute zu einigen Herren in New York, die ihn fragten, ob Gen. Grant bei dem Everett Banquet zugegen sein würde, daß dies davon abhänge, ob die Cabinetssekretäre Randall, McCulloch und Welles daran Theil nehmen würden. Der General wünsche nicht, denselben zu begegnen.

Das congressionelle Ersparniß-Comite erklärt, daß großartige Betrügereien in dem Brennereibetriebe jetzt so gut, wie früher stattfinden. Die verschiedenen Methoden, in welchen diese Betrügereien ausgeführt werden, sind in dem Bericht klar auseinander gesetzt.

Mayor Hoffmann von New York hat dem Stadtrath seine Resignation eingesandt. Er wird am 30. d. M. abtreten.

Der Dampfer „Matamoras" von Savannah nach New York gehend und mit Baumwolle beladen gerieth durch Explosion des Kessels in Feuer. Die Mannschaft mußte sich auf die Boote retten und wurde von dem Schooner „Frank" aufgenommen und nach Fortreß Monroe gebracht.

Aus San Francisco wird gemeldet, daß die Passagiere und Posten der Central Pacific Bahn jetzt nach Argenta, Nevada, 385 Meilen östlich von Sacramento befördert werden. Die Bahn ist 65 Meilen weiter östlich gradirt. Die Einnahmen für Oktober übersteigen $300,000.

London, 16. Nov.

Nächsten Samstag wird der Stadtrath von Brighton den Herren Reverdy Johnson und George Peabody ein Banquet geben.

Paris, 16. Nov.

Baron James Rothschild, das Haupt des Rothschild'schen Hauses, ist gestern gestorben.

Die „France" tadelt Lord Stanley wegen seiner Rede, in welcher er von Frankreich spricht. Das Blatt meint, er solle Preußen, aber nicht Frankreich zur Mäßigung mahnen.

Madrid, 16. Nov.

Eine außerordentlich großartige Demonstration fand am Sonntag für die monarchische Regierungsform statt. Reden wurden von Prim, Olazaga und Topete gehalten. Wenigstens 50,000 Menschen waren versammelt und großer Enthusiasmus gab sich kund. Mehrere General-Capitäne in den Provinzen haben um Truppenverstärkung nachgesucht, worauf aber Prim entgegnet hat, daß eine solche Maßregel dem Lande zuviel kosten würde.

Neapel, 16. Nov.

Der Vesuv ist wieder in Arbeit. Ein neuer Krater hat sich gebildet, aus welchem Lavaströme fließen.

Bucharest, 16. Nov.

Ein heftiges Erdbeben wurde hier verspürt.

Allerlei.

* In den Ver. Staaten genießen 5 Millionen Kinder Schulunterricht. Schulbücher sind 20 Millionen im Gebrauch, die $18,000,000 kosten.

* Die Philadelphier Nationalgarden haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich bei den Inaugurationsfeierlichkeiten in Washington am 4. März zu betheiligen.

* In Kansas und Nebraska wurden im Monat Oktober 35,000 Acker Land an wirkliche Ansiedler verkauft.

* Horace Greeley versichert, in Californien Kornstauden von 22 Fuß Höhe gesehen zu haben.

* Der Stadtpfarrer Maier in Sindelfingen wurde neulich in gediegener Weise abgeführt, als er in muckerischer Art sich gegen Versicherungs-Anstalten aussprach, durch die nur dem Willen Gottes entgegengetreten werde. „Sagen Sie doch, Herr College," unterbrach ihn sein Dekan, „warum haben sie bei dem Regenwetter Ihren Schirm mitgenommen?" Unter allgemeinem Gelächter verstummte der Pietist.

* Mit dem Einfluß des „La Crosse Demokrat" scheint es nicht weit her zu sein. In einem Umkreis von hundert Meilen von dem Ort wo jenes berühmte Blatt erscheint, erhielt bei der letzten Wahl nicht ein einziger Demokrat ein Amt.

* Ein reichhaltiges Goldlager ist in der Appalachischen Gebirgskette im Staate New Hampshire entdeckt worden. Das Quarz ergiebt $350—$800 per Tonne.

* Der „Louisville Courier" stellt an den „Cleveland Plaindealer" die unbescheidene Anfrage, was denn aus dem gewaltigen Votum der Israeliten in Ohio und anderswo geworden ist, welches für Seymour und Blair in die Wagschale geworfen werden sollte.

* Eine neue Turnhalle ist vor Kurzem von den Turnern in Moline Ill. feierlich eingeweiht worden.

* Das Votum in San Francisco beläuft sich auf 25,000; es ist das stärkste, das je abgegeben wurde. Die demokratische Majorität beträgt 1813. Die geschlagenen republikanischen Municipal-Candidaten beabsichtigen, die Wahl zu bestreiten. Das Central-Comite giebt an, Beweise von mehr als 2,000 betrügerisch abgegebenen Stimmen in Händen zu haben.

* Die öffentlichen Schulen in New-York werden von 230,000 Schülern besucht.

* Aus Italien wandern jährlich gegen 20,000 Personen nach den Ver. Staaten aus.

* Mehr als der siebente Theil des Staates Mississippi wird von Executions wegen zum Verkauf ausgeboten.

* Prof. Agassiz hat seine Vorlesungen an der Cornell-Universität in Ithaca, N. Y., begonnen.

* In Oregon sind Waldbrände ausgebrochen, die furchtbaren Schaden anrichten.

* Dr. Langley, Erzbischof von Canterbury, ist im 72. Lebensjahre gestorben.

* Man bemerkt, daß die Farben der Gemälde an den Häusern in Pompeji und auch der in dem Museum zu Neapel aufbewahrten, allmälig schwinden. Bald dürfte von den Kunstwerken nichts mehr vorhanden sein.

* Seit dem Sturz der Bourbon-Dynastie in Spanien haben sich 500 Jesuiten in Portugal eingefunden. Glückliche Portugäser!

* Der Gesammtwerth des steuerbaren Eigenthums in St. Louis beträgt $105,000,000.

* China und Japan hatten im letzten Jahre 84,500,000 Pfund Thee exportirt.

* In London nahmen sich drei junge Mädchen einander bei der Hand und sprangen von der Brücke in die Themse, wo sie ertranken.

* Die Kornerndte Ohio's erreichte in diesem Jahre 141 Millionen Bushel.

* Lawrence, Mass. beschäftigt 85,000 Fabrikmädchen.

* In St. Louis ist ein Deutscher, Namens G. A. Finkelnburg mit 4000 Stimmen Majorität als Congreßmitglied erwählt worden.

* Die „Deseret Evening News", welche in Salt Lake City erscheint, schreibt, daß alle Telegraphendrähte von den Indianern durchschnitten seien.

* Naive Antwort. — Mein Fräulein, mit wem habe ich die Ehre zu tanzen?
Mit mir.

* Was sich eine Lady zunächst wünscht, ist ein Mann, zweitens viel Vermögen, drittens einen Baby, viertens eine Tour durch Europa, fünftens schönere Kleider als ihre Nachbarinnen anzuziehen haben, sechstens die süßesten Schmeicheleien, siebentens nichts zu thun zu haben, achtens immer hübsch zu bleiben, neuntens immer Recht zu haben, zehntens bewundert zu werden, elftens zu jeder Hochzeit eingeladen und zwölftens nie über dreißig alt geschätzt zu werden.

* Ein Kaufmann in Berlin, welcher einer Sängerin den Hof machte, übersandte ihr zwei Kleider mit dem Bemerken, daß sie eine Wahl treffen möge. Er würde sie am folgenden Tage besuchen und fragen, wie sie sich entschieden habe. Kurz vor der bezeichneten Stunde, um welche er sie besuchen wollte, empfing er ein Billet von ihr folgenden Inhalts: Die beiden Kleider, welche Sie mir schickten, gefallen mir eins so gut wie das andere, ich werde beide behalten; es ist daher überflüssig, daß Sie kommen.